

Die Budgetdebatte im Stadtrat.

Die Beratung des Hauptvoranschlages wurde in der gestrigen Stadtratsitzung fortgesetzt. Der Bericht des Finanzreferenten, Stadtrat Breitner, bildete die Grundlage einer längeren Generaldebatte, die noch gestern zum Abschluß kam. Stadtrat Dr. Riebenböck gab die Erklärung ab, daß die Christlichsozialen die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Gemeinde nicht durch eine Opposition um jeden Preis erschweren und sich auch nicht der Bedeckungsfrage, sofern die Bevölkerung durch dieselbe nicht übermäßig hart getroffen wird, widersetzen werden. Das Einbernehmen der Gemeinde mit dem Staatsamt für Finanzen hinsichtlich der Teilung der Steuerquellen hätte schon längst getroffen werden sollen und in dieser Beziehung soll jetzt wenigstens kein Tag mehr veräußert werden. Bei der Auswahl der Steuerquellen möge sich die Mehrheit nicht von der parteimäßigen Vorliebe für die eine oder die andre Besteuerungsart leiten lassen, sondern ausschließlich von der Erwägung, was am besten durchführbar sei. Von diesem Gesichtspunkt allein wird sich die Partei, der der Redner angehört, bei der bevorstehenden Beratung im Gemeinderat leiten lassen.

Vizebürgermeister Hof wendete sich dagegen, daß aus dem Voranschlage verschiedene wichtige Posten, darunter solche, die den Bau von Bädern

und Sanitätsanstalten betreffen, ausgeschlossen wurden, und verlangte gleichfalls, daß die Gemeinde Wien die Verhandlungen mit dem Staate über Finanzangelegenheiten mit größerem Nachdruck und Eifer, als dies bisher bekundet wurde, betreibe. — Stadtrat Josef Müller sprach den Wunsch aus, daß auf die sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksvertretungen eingewirkt werden möge, weit-ausgreifende Anträge, die vielfach in die Bevölkerung Verwirrung tragen, zu unterlassen und sich mehr auf den Standpunkt der wirklichen Tatsachen zu stellen. — Stadtrat Baugoin regte an, daß die Entlohnung der städtischen Angestellten auf gleiche Grundlage gestellt werden solle, damit endlich das gegenseitige Einanflitzieren der Gehalte zwischen den einzelnen Kategorien der Angestellten der Kempter und Betriebe vermieden werde. — Stadtrat Rörber verwies darauf, daß durch die Sozialisierung der großen Bankinstitute neue Einnahmsquellen für die Gemeinde Wien zu schaffen wären.

In seiner Erwiderung teilte Stadtrat Breitner hinsichtlich der Anregung einer beschleunigten Verhandlung mit dem Staate mit, daß die Gemeinde Wien diese Verhandlungen mit der Regierung ununterbrochen weiterführe, doch sei es bisher nicht gelungen, ein Ergebnis zu erzielen. Ebenso wurden mit dem Lande Beratungen gepflogen, die bezüglich des Planes einer gemeinsamen Automobilsteuern zu einem Ergebnisse führten und immerhin einen Erfolg bringen dürften. Man habe sich dahin geeinigt, daß Land oder Gemeinde nicht einseitig vorgehen können. Mit dem Staate werden in der allernächsten Zeit in nachdrücklichster Form Auseinandersetzungen gepflogen werden, und das gegenwärtig in Verhandlung stehende überaus schlechte Budget wird gewiß dazu beitragen, dem Standpunkt der Gemeinde erhöhte Geltung zu verschaffen. Ein großer Teil der gegenwärtigen schlechten Lage sei, so erklärte der Referent, darauf zurückzuführen, daß die frühere Mehrheit während der ganzen Kriegszeit eine Reihe von Bauten, deren Ausführung dringend war, ebenso nahezu sämtliche Herstellungsarbeiten nicht durchführen ließ. Vom rein technischen Standpunkt war dieses Vorgehen durch den Material- und Arbeitermangel begründet, finanziell aber wäre es notwendig gewesen, für die einzelnen erforderlichen Posten im Budget vorzuzorgen oder doch wenigstens eine Reserve anzulegen, aus der später die rückgestellten Arbeiten bestritten werden könnten. Der Redner erhob gegen die frühere Mehrheit den Vorwurf, daß sie, auf einen Siegfrieden rechnend, namentlich in der Angelegenheit der rückständigen Coupons leichtsinnig vorgegangen sei.

Alle Kriegsjahre hindurch wurden die im Auslande befindlichen Coupons des Anlehens vom Jahre 1902, die zum großen Teil auf Franken lauten und laut einer behördlichen Verfügung nicht einlösbar waren, mit 95 S. für einen Franken bewertet, und dies noch zu einer Zeit, in der der Franken bereits das Drei-, Vier- und Fünffache wert war. Es handelt sich hierbei um 26 Millionen, die nun vielleicht mit 150 Millionen eingelöst werden müssen, ohne daß die geringste Reserve dafür vorhanden ist.

Nach diesen Ausführungen wurde die Generaldebatte geschlossen und in die Spezialdebatte eingegangen, bei der die ersten drei Gruppen des Voranschlages — Verwaltung, Steuerwesen und Gemeindevermögen — eingehend erörtert wurden. Abgesehen von einer Anzahl von Anregungen, die vom Magistrat zur weiteren Behandlung entgegengenommen wurden, gelangten die Anträge des Berichterstatters, beziehungsweise des Magistrats, zur Annahme.